



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Mai 2011 – II

Inhalt:

1. **Neue Landesregierung gewählt**
2. **Bürgerinnen und Bürger für die Polizei**
3. **Leserbrief zum Flug ,Kennzeichnungspflicht'**

1. Neue Landesregierung gewählt

Am 18. Mai 2011, dem 64. Jahrestag der Verabschiedung der rheinland-pfälzischen Verfassung, wurde Kurt Beck mit den Stimmen der SPD und der Grünen zum fünften Mal in Folge zum Ministerpräsidenten gewählt. Die GdP gratuliert und wünscht Glück und Erfolg zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger – was angesichts der sogenannten Schuldenbremse, die in Wahrheit ein Verarmungsprogramm in Gang setzt, nicht gerade leicht werden wird.



Nach der Wahl berief Kurt Beck seine Ministerinnen und Minister. An der Spitze des Innenministeriums steht nun der vorherige Staatssekretär Roger Lewentz. Das deutlich erweiterte Ministerium hat jetzt zwei Staatssekretäre: Jürgen Häfner (Amtsleiter) und Heike Raab, die auch für die Polizeiabteilung zuständig sein wird.



Viele Wählerinnen und Wähler knüpfen an die rot-grüne Regierung große Hoffnungen, gerade was den im Koalitionsvertrag beschriebenen sozial-ökologischen Aufbruch angeht. Zwar müssen wir, die Polizei, von Gesetzes wegen u.a. Atomtransporte quer durch die Republik schleusen und dabei auch dem ein oder anderen ‚auf die Füße treten‘, dennoch ist gewiss, dass auch viele von uns teils von Beginn an gegen die angeblich so friedliche Nutzung der Kernenergie engagiert eintreten. Nicht nur bei Energiefragen stimmen unsere Positionen mit dem Vertrag überein. Bildung, Stärkung der kommunalen Versorgungsunternehmen und viele andere Themen mehr sind auf der Positivseite. Merke: Polizistinnen und Polizisten sind ganz normale Menschen.

Warum die Koalition im Polizeibereich mit so vielen negativ besetzten Festlegungen starten muss, erschließt sich uns nicht und lässt Raum für manche Spekulationen und Verschwörungstheorien:

- So wird moniert, die Polizei verfüge über zu viele Eingriffsrechte (die brauchen wir nicht zum Privatvergnügen, sondern zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger) und
- von Polizisten begangene Straftaten würden nicht angemessen verfolgt - eine ‚unabhängige‘ Beschwerdestelle soll es nun richten. (Es gibt übrigens schon einen Bürgerbeauftragten: <http://www.derbuengerbeauftragte.rlp.de> .)
- Man vergleicht Polizistinnen und Polizisten mit Straftätern, die unter dem Schutz von Versammlungen massive Körperverletzungen und Sachbeschädigungen anrichten und will zum Ausgleich zum ‚Vermummungsverbot‘ eine Kennzeichnung der Kolleginnen und Kollegen durch Nummern einführen.

Hinzu kommt ein übler Verstoß gegen die in den Sonntagsreden so hoch gelobte Tarifautonomie – die im Übrigen an anderer Stelle im Koalitionsvertrag ausdrücklich positiv hervorgehoben wird. Normal ist so: Zuerst verhandeln die Tarifbeschäftigten einen Tarifvertrag aus, danach ist der Gesetzgeber aufgerufen, das Ergebnis auf die Beamten zu übertragen.

Im Koalitionsvertrag ist das Gegenteil vereinbart: Rigoros und gegen ausdrücklichen Rat wird festgelegt, die Gehälter der Beamtinnen und Beamten in den kommenden fünf Jahren (2012 – 2017) um jeweils ein Prozent anzuheben. Damit schwächt diese Regierung ganz massiv die Verhandlungsposition der Tarifbeschäftigten und greift massiv in die Tarifhoheit ein.

**EIN GAAAAAANZ SCHLECHTER START FÜR EINE ROT-GRÜNE REGIERUNG.
DAS PENDANT IN BADEN-WÜRTTEMBERG WAR KLÜGER!**

Neben dem Gehaltsdiktat hat die Festlegung gravierende Auswirkungen im Portemonnaie: Die Inflationsrate liegt derzeit bei 2,8 %. Seit der Bankenkrise 2007 wurden Billionen von Dollar und Euro in den Markt gepumpt, die mit einiger Sicherheit zum Steigen der Inflation führen werden. Schleichende Geldentwertung nennt man das. So sammelt man bei den Kleinen Leuten das Geld wieder ein, das man den Reichen und Banken in den A... geschoben hat.

DAS IST DIE BITTERE WAHRHEIT:

Millionen für die Banker, Milliarden für die Banken. Steuersenkung für die Unternehmen. Steuersenkung für die Hoteliers. Vermögenssteuer: Abgeschafft. Erbschaftssteuer: Erbärmlich niedrig. Bankenabgabe: Fehlanzeige.

Tobin-Steuer: Fehlanzeige.

Mehrwertsteuererhöhung für uns.

Lohn- und Gehaltskürzung bei uns.



Feuerwehr oder Erbsenzähler?

Ganz konkrete und rasche Auswirkungen wird der von Berlin diktierte Sparzwang bei der Personalausstattung haben. Bis 2016 wird die Zahl der Polizistinnen und Polizisten auf ca. 9.000 sinken. Die Einstellungen auf dem Hahn gleichen die Pensionierungen nicht aus. Wenn nicht gegengesteuert wird, geht es noch weiter abwärts.

Es wird Aufgabe der Polizeiabteilung im Innenministerium sein, Pläne zur Umsetzung der Personalkürzungen zu erarbeiten. Die GdP wird sich mit allen Kräften zur Wehr setzen. Das konzeptionslose Schließen von Dienststellen kann nicht die Lösung sein. Die GdP fordert vielmehr eine sorgfältige Analyse:

Die Polizei muss sich auf ihre Kernaufgaben besinnen. Die Zeiten von „Nice-to-have“ sind vorbei.

Es ist aber sinnlos, die Beantwortung der Frage „Was sind die Kernaufgaben?“ von den Betroffenen, also uns, beantworten zu lassen. Diese Antwort muss die Politik liefern. Noch nicht einmal in erster Linie das Ministerium, sondern ganz zuvörderst das Parlament:

„Wie viel Schutz wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land vor Verbrechen und Verbrechen bieten? In welcher Qualität sollen Gefahren für die öffentliche Sicherheit (und Ordnung?) abgewendet werden?“

Die GdP fordert die Erarbeitung eines Konzeptes unter wissenschaftlicher Begleitung analog der rheinland-pfälzischen Feuerwehrverordnung. Dort ist im § 1 FwVO festgelegt, dass die Brandbekämpfer spätestens nach acht Minuten den Brandherd erreicht haben müssen. Danach richten sich die Standorte der Feuerwehr und deren Besetzung. Das Konzept müsste also eine Antwort auf die Frage bieten:

„Welche Zeitspanne ist dem Bürger bis zum Eintreffen des ersten Streifenwagens zuzumuten, wenn sie oder er z.B. wegen eines Überfalls oder Einbruchs einen Notruf auslöst?“

Als Argument gegen ein solches Konzept wird gerne die Statistik bemüht. Also die Kunst des Erbsenzählens. Dem in Not geratenen Bürger ist es aber doch völlig Wurscht, wie viele Straftaten und Verkehrsunfälle die Statistik über Tag und des Nachts ausweist. Er will, dass Hilfe herbeieilt wenn er sie braucht. Und zwar so schnell wie möglich.

Beispiel Horath im Zuständigkeitsbereich der PI Morbach: 450 Einwohner, 17 km Anfahrtsweg, 19 Minuten Anfahrtszeit. Bei einer Schließung oder nachts bei einer Umwidmung zur Wache wäre die Alternativ-PI in Hermeskeil: 29 km, 27 Minuten. Ist das dem Bürger zuzumuten?

Die Erbsenzählermethode ist durchtränkt von betriebswirtschaftlicher Scheinlogik. „Da passiert doch nachts kaum etwas!“ lautet die Parole. Mit dem gleichen Argument könnte man getrost die Drehleiter bei der Feuerwehr in Alzey abschaffen, die seit Jahrzehnten nur für Bewegungsfahrten aus der Garage geholt wird.



Die GdP wird sich gegen keine Überprüfung und Lösung sperren, die unseren Auftrag schneller, besser und kostengünstiger erledigen lässt. Im Fokus steht für uns das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Hilfe in der Not. Und natürlich die Interessen der Beschäftigten in der Polizei, vor allem wegen der Eigensicherung. Denn es muss auch darum gehen, wie lange es potenziell dauert, bis für das erste Streifenteam Verstärkung eintrifft.

Berücksichtigung müssen auch familienpolitische Entwicklungen finden. Der stetig steigende Anteil von Frauen im Polizeidienst führt zu einer kontinuierlich ansteigenden Inanspruchnahme von Eltern- sowie Teilzeiten aus Gründen der Kinder- oder Angehörigenbetreuung. Als im Jahr 2004 die Zahl 9.014 als Zielstärke für die Polizei festgelegt wurde, mag die sich daraus ergebende Zahl von Vollzeitstellen bei etwa 8.900 gelegen haben. Heute haben wir bei roundabout 9.400 Polizistinnen und Polizisten noch 9.100 Vollzeitstellen besetzt. Wie viele Vollzeitstellen werden wir 2016 besetzt haben, wenn wir bei 9.014 Stellen angekommen sind? GdP-Schätzungen gehen von etwa 8.600 aus, vielleicht auch weniger. Wenn wir also bei der Einstellung nicht gegensteuern, wird gerechnet in Vollzeitstellen die 2014 festgelegte Zahl von 9.014 deutlich unterschritten werden. Die Polizei Rheinland-Pfalz ist als familienfreundlich auditiert; das muss auch Folgen für die Personalstärke haben. Wer familienpolitisch A sagt, muss auch personalwirtschaftlich B sagen.

Unsere (Kern-)Aufgaben müssen von der Politik definiert werden. Die Aufgaben bestimmen das hierzu benötigte Personal. Das sollten wir tun, bevor wir uns erneut in eine Organisations-, ‚Reform‘ stürzen, die doch nur Unruhe stiftet und überflüssige Arbeits-Kraft kostet. Erst nachdenken, dann schlussfolgern! Schließlich sind die Probleme lange genug bekannt!

2. Bürgerinnen und Bürger für die Polizei

In Mainz wurde ein Kollege schwer verletzt, der in gemeinsam mit einem weiteren Kollegen aus Hessen einem Menschen zu Hilfe eilte, der von zwei Tätern – am Boden liegend – getreten und geschlagen wurde. Auch in der Öffentlichkeit gab es für das mutige Einschreiten viel Lob und Anerkennung:

*„Sehr geehrte Damen und Herren,
Ihrem in seiner Freizeit schwer verletzten Kollegen möchten wir vom Projekt "Keine Gewalt gegen Polizisten" gute Besserung wünschen. Ich bitte Sie, die im Anhang verlinkten Besserungswünsche an die Betroffenen weiterzuleiten:
<http://kggp.de/Blogosphere/blog/2011/05/14/mainz-erst-opfer-dann-polizeibeamten-schwer-verletzt/>
Vielen Dank dafür im Voraus und vielen Dank für Ihren täglichen Einsatz.
Mit freundlichen Grüßen aus dem Rheintal,“*



3. Leserbrief zum Flug ,Kennzeichnungspflicht‘

„Hallo Sabine,
was geschieht mit dieser Info? Interne Verteilung ist gut, geht meines Erachtens aber nicht weit genug.

Die Gewerkschaft muss sich meines Erachtens öffentlich noch stärker und konsequenter positionieren. Sie muss öffentlich die geplanten Herabwürdigungen und Missachtungen der aktuellen Politik gegenüber den Polizeibeamten, der öffentlichen Sicherheit und damit gegenüber jedem Bürger noch stärker aufzeigen. ...

Wir müssen von Beginn an öffentlich (auch gerne provokant- in diesem Bereich z.B. blaue Ohrmarken, wie bei Kühen) verdeutlichen und darstellen das unsere Gewerkschaft in der gezeigten Missachtung der öffentlichen Sicherheit nicht mitmacht. Die Gewerkschaft muss sich öffentlich klar gegen die ausformulierten Vorhaben und Meinungen der beiden Regierungsparteien stellen.

Viele Grüße
Harald“

Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.400 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

PSW 06131/96009-23 oder -31

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

Shop-Login unter outlast@psw-rp.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de